

G E S P R A E C H S N O T I Z E N
zum Besuch von Herrn Staatssekretär Jacobi (J) in der VR China
vom 4. - 9. Mai 1991

Gespräch mit Herrn Vizeminister Tian Zengpei (T),
am 6. Mai 1991, 9:30-12:30

1. Multilaterale Fragen

Beginn des Gesprächs mit Darlegungen von (J) über die Entwicklungen in **Europa**, einerseits der EG-EFTA Verhandlungen im Hinblick auf einen gesamteuropäischen Wirtschaftsraum, andererseits der mittel- und osteuropäischen Entwicklungen und der weltweiten Unterstützungsmassnahmen. Ausführlich ging (J) auch auf die Position der Schweiz und auf die Fragen ein, die in bezug auf diese beiden Problemkreise auf sie zukommen.

Chinesische Haltung zu Entwicklungen in Europa

Auch China lässt den europäischen Entwicklungen grosse Aufmerksamkeit zukommen. Die Bedeutung der Veränderungen ist bereits weltweit sichtbar. Eine positive Rolle Europas in der Welt scheint damit vorgezeichnet zu sein. Stabilität, Friede und Sicherheit sollten in den europäischen Entwicklungen liegen. Gleichzeitig gab (T) der Hoffnung Ausdruck, dass neben den binnenwirtschaftlichen Beziehungen auch jene zum Rest der Welt entsprechend berücksichtigt würden und dass keine negativen Auswirkungen, insbesondere kein Protektionismus und keine Diskriminierungen, aufkommen.

Die chinesischen Beziehungen zu **Westeuropa** sind auf dem Weg der Verbesserung. Für die Gestaltung der Beziehungen werden von chinesischer Seite die vier Prinzipien

- der gegenseitigen Achtung
- der Suche nach Gemeinsamkeiten und dem Bestehenlassen von Unterschieden
- der gegenseitigen Nichteinmischung und
- der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens

zu Grunde gelegt.

Auch die **Veränderungen in Osteuropa** und der UdSSR sind von weltweiter Bedeutung. Es sind die grössten Umwälzungen im globalen Kontext seit 1945. Die Länder befinden sich in einer schwierigen Situation, vor allem in bezug auf die wirtschaftliche Lage. Doch auch die politischen Veränderungen brauchen noch einige Zeit, um in Osteuropa stabile Verhältnisse zu schaffen. Was die chinesische Haltung zu den Veränderungen betrifft, ist sie auf Respekt vor der Wahl dieser Staaten gegründet. Weiter werden die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz, wie sie in Bandung 1955 entwickelt worden waren, auf die Länder des ehemaligen sozialistischen Blocks angewandt.

- 2 -

Auf die Frage von (T), wie sich die Lage in Europa weiterentwickle, antwortete (J), dass dies in erster Linie einmal von der Entwicklung der EG selbst abhängt.

Wichtig sei jedoch die Tatsache, dass heute in Europa ausser der Zypernfrage kein regionaler Konfliktherd mehr existiere, im gemeinsamen Haus Europa mit anderen Worten die Hausordnung zur Diskussion stehe, nicht der Bau selbst. In Asien hingegen harren, mit der koreanischen Frage, jener der Beziehungen der VR China mit Taiwan und Hongkong nach 1997 oder mit Kambodscha, noch einige Probleme der Lösung. Dem stimmte (T) bei, machte jedoch die Bemerkung, das europäische Haus habe neben Diskussionen um die Zimmerordnung mindestens noch grosse Stockwerkunterschiede aufzuweisen, es gebe namentlich gute und schlechte Stockwerke. Doch in Asien bestünde eine wesentlich kompliziertere Situation.

Chinesische Haltung zu asiatischen Fragen

Die allgemeine Entspannung und die Erfolge bei den Abrüstungen haben auch in Asien Auswirkungen gezeigt, einige Spannungen haben merklich nachgelassen. Die sino-sowjetischen Beziehungen sind normalisiert, die sowjetisch-japanischen Beziehungen verbessert, das Verhältnis zwischen Nord- und Südkorea ist wesentlich entspannter. Auch in Südostasien und dem Pazifik allgemein haben sich die Beziehungen in unterschiedlichem Grad verbessert. Gleichzeitig bestünden aber einige instabile Faktoren weiter. Es existiere eine grosse Unausgewogenheit zwischen regionalen Staaten auf Grund unterschiedlicher historischer, kultureller und wirtschaftlicher Entwicklungen. Auch Fragen von Nationalität und Religion sowie verbliebene territoriale oder historische Probleme seien noch vorhanden. Aus diesen Gründen sei eine Uebertragung der KSZE oder die Schaffung einer ähnlichen Organisation auf Grund der völlig anderen Gegebenheiten im pazifischen Raum unrealistisch.

Das Vorgehen zur Lösung bestehender Fragen sei in der Förderung regionaler und bilateraler Lösungen zu suchen. Es müsse ein Versuch gemacht werden, die Probleme langsam zu entschärfen, Fragen von gemeinsamem Interesse sollten ebenfalls nicht vernachlässigt werden, gerade und vor allem jene im wirtschaftlichen Bereich. Die Mitarbeit der VR China in der PECC (Pacific Economic Cooperation Conference) sei ein Beispiel, das auch auf die APEC (Asian Pacific Economic Cooperation) ausgedehnt werden sollte. Eine (volks)chinesische Mitgliedschaft in der APEC müsste von den Mitgliedschaften Taiwans und Hongkongs unterschieden werden, da letztere nur regionale Wirtschaftskörper darstellten. Fragen von gemeinsamem Interesse sind durchaus multilateral zu behandeln, wobei doch zu sagen sei, dass die APEC viel loser wäre als westliche Organisationen, was den asiatischen Verhältnissen durchaus angepasst sei.

Richtig sei auch, dass Krisenherde in Asien nicht nur von regionalem, sondern von globalem Interesse sind. Was die **koreanische Frage** anbelange, habe die Situation deutliche Verbesserungen durch die Gespräche auf Ministerpräsidentenebene gebracht. Gerade fänden in Japan auch die Tischtennismeisterschaften mit einer vereinten nord- und südkoreanischen Mannschaft statt, in Zukunft sei die Mannschaftsvereinigung auch für die Fussballweltmeisterschaft geplant. Diese Entwicklungen hälften den beiden Seiten, auf

dem Weg einer friedlichen Vereinigung voranzuschreiten. Chinesischerseits werde der Staatenbundvorschlag Nordkoreas unterstützt. Die Wiedervereinigung müsse auf der Basis der Selbstbestimmung beider Teile und in friedlicher Art verlaufen. Unter diesen Umständen bleibe die Entspannung gewährleistet. Es bestünden weiterhin freundschaftliche Beziehungen zum Norden, auch wenn von China im Süden ein Handelsbüro eröffnet worden sei. Vermieden werden müsse eine Isolation Nordkoreas, die Probleme sind in Gesprächen anzugehen. Die DVRK mache dies momentan mit Japan und auch mit den USA sind Gespräche im Gange. In bezug auf die Nord-Süd-Beziehungen wurde von (T) der Hoffnung Ausdruck verliehen, dass der Dialog für beide akzeptable Lösungen bringe. Nur so könne eine neue Zuspitzung der Lage vermieden werden.

In bezug auf **Taiwan** wurde unterstrichen, dass Taiwan eine Provinz Chinas sei, deren Wiedervereinigung mit dem Festland bisher aus historischen Gründen nicht vollzogen worden wäre. (T) erklärte in der Folge die chinesische Idee "ein Land, zwei Systeme", das Taiwan ein eigenes politisches System und eigene Truppenhaltung ermöglichen würde. Als Schritt auf dieses System zu betrachtet China den Vorschlag, direkte Post-, Handels- und Verkehrsverbindungen aufzunehmen, was bisher von Taiwan abgelehnt worden sei. Die Wirklichkeit ist allerdings bereits zu einem guten Teil in diese Richtung fortgeschritten, auch wenn die Verbindungen noch vor allem über Hongkong liefen.

Die Wiedervereinigungsfrage ist wiederholt Gesprächsgegenstand zwischen den beiden Teilen gewesen, ein grundsätzliches Einverständnis existiere, sei jedoch nicht leicht in die Realität umzusetzen, da es gewisse Kreise in Taiwan gäbe, die zwei Chinas schaffen wollten. Dieses Ziel dürfte jedoch kaum erreicht werden, da die Mehrzahl der beiden Bevölkerungen nicht diese Haltung einnehme.

Für Drittstaaten bestehe das Kriterium der Aufnahme von Beziehungen mit Taiwan darin, dass diese inoffizieller Art zu sein hätten. Zur Aufnahme von Flugverbindungen mit Taiwan werden beispielsweise vom ausländischen Staat Konsultationen in Beijing erwartet. Taiwan verfolge eine elastische Diplomatie, um durch kleine Tricks zum Ziel zu kommen, beispielsweise in der Erteilung von Visa durch seine Kulturzentren.

Was **Hong Kong** anbelangt, bestehe eine gemeinsame Erklärung mit der britischen Regierung über die Rückgabe Hongkongs an die VR China. Nach 1997 werde die Gesellschaftsordnung, die Lebensweise, die momentan gültigen Gesetze und die Gesetzesgrundlage beibehalten. Es gebe gewisse Änderungen, beispielsweise in der Letztinstanzlichkeit Grossbritanniens für Hongkongs Gerichte. Die Letztinstanzlichkeit werde auf Hongkong übertragen, nicht auf Beijing. Diese Regelung der Belassung des jetzigen Zustandes der Kronkolonie sei von der VR China für die 50 Jahre nach 1997 garantiert worden. Hongkong übernehme nach 1997 die Selbstverwaltung. Dazu seien noch viele vorbereitende Schritte notwendig. In diesem allgemeinen Rahmen seien die Bevölkerungen der Kronkolonie und Grossbritanniens mit der grundsätzlichen Einigung zufrieden und die Hongkong Frage sei ein gutes Beispiel für die friedliche Lösung von historischen Fragen.

Probleme hätten sich neulich bei der Ausarbeitung konkreter Fragen gestellt, beispielsweise bei jener des Flughafens. Jedermann

- 4 -

ist einverstanden, dass ein neuer Flughafen gebaut werden müsse. Wie teuer und wie gross dieser sein soll, wird unterschiedlich beantwortet. Grossbritannien denkt, auch an weltweiten Massstäben gemessen, an einen Grossflughafen. Nach der jetzigen Planung sind mehrere hundert Mia HK\$ als anfallende Kosten zu erwarten. In Beijing bestünden v.a. Bedenken, ob die Stadt Hongkong diesen Betrag aufzubringen vermöge und nicht 1997 Hongkong mit einem riesigen Schuldenberg in volkschinesische Hände falle. Da bisher Hongkong keine Selbstverwaltung habe, falle die Last der chinesischen Interessenwahrung auf die volkschinesischen Schultern, was die Haltung der chinesischen Regierung erkläre.

Zur **Kambodschafrage** meinte (T), es handle sich hier um ein langandauerndes Problem, der Krieg daure schon über elf Jahre. Die von den fünf ständigen Sicherheitsratsmitgliedern angenommenen fünf Rahmendokumente und der Lösungsvorschlag stellten einen Kompromiss dar, an dem die Interessen aller Seiten berücksichtigt worden seien. Die Annahme der Dokumente sei nicht einfach gewesen und der erreichte Kompromiss sei relativ gerecht. Davon sei nun auch auszugehen. Obwohl Vietnam vorher einverstanden gewesen sei, werde nun versucht, andere Vorschläge einzubringen. Da vor allem die Kernfragen (Streitkräfte, Ausübung der Verwaltung in der Uebergangszeit) betroffen seien, ist die VR China mit diesem Vorhaben nicht einverstanden. Das bisher Erreichte werde damit in Frage gestellt. Konkrete Fragen könnten durchaus noch diskutiert werden, doch von wesentlichen Aenderungen sei abzusehen.

* * *

2. Bilaterale Fragen

Allgemeines

(T) unterstrich die traditionell guten Beziehungen zwischen den beiden Staaten, die letztes Jahr die 40-jährige Aufnahme diplomatischer Beziehungen gefeiert hatten. China schätze auch die weitere Verbesserung der Beziehungen durch Regierung und Wirtschaftskreise und (T) gab der Anerkennung über die zwei Mischkredite Ausdruck. Er unterstrich die weiterhin guten Aussichten für die Zukunft und gratulierte (J) zum 700-jährigen Jubiläum der Schweiz. Dann erwähnte (T) einige konkrete Punkte.

1. (T) ergriff die Gelegenheit zum Dank für die **Unterstützung der Schweiz bei der Waldbrandkatastrophe** in Heilungjiang im Jahre 1987.
2. (T) begrüsst den **Besuch von Herrn Direktor Ursprung** im Oktober dieses Jahres und gab der Hoffnung Ausdruck, dass die gegenseitige Zusammenarbeit im wissenschaftlichen Sektor mit der Bildung einer gemischten wissenschaftlichen Kommission einen Aufschwung erfahre.
3. (T) kam darauf zu sprechen, dass die **Zusammenarbeit im militärischen Bereich** 1989 eingestellt worden war und dass China dadurch Verluste entstanden seien. Er gab der Hoffnung Ausdruck, dass das langfristige, gute bilaterale Verständnis die Zusammenarbeit in bezug auf die noch ausstehenden Exportlizenzen ermöglichen werde.
4. Dann ging (T) relativ lange auf die **Tibetfrage** ein. Er unter-

strich, dass Tibet seit 700 Jahren einen Teil Chinas bilde, was von der internationalen Gemeinschaft anerkannt werde. Vor 1949 sei Tibet sehr rückständig gewesen, in weiten Kreisen sei beispielsweise Leibeigenschaft praktiziert worden. Nach 1949 seien bei Respektierung der Eigenrechte des Tibets demokratische Reformen durch die VR China durchgeführt worden. Der Dalai Lama sei damals verantwortlich gewesen, habe es aber vorgezogen, zu fliehen. Seither erhebe er den Anspruch, nicht nur religiöser, sondern auch politischer Führer zu sein und unternehme in dieser Position Aktivitäten, um die Chinesen aus dem Tibet zu vertreiben. Gerade er, der damals bei den demokratischen Reformen nicht mitgemacht habe, unterstreiche nun groteskerweise die Menschenrechte und verbreite Lügen über die wahre Entwicklung. Ziel dieser Kreise sei eine Loslösung Tibets von der VR China. Die Unkenntnis ausländischer Kreise werde dabei weidlich ausgenutzt, indem beispielsweise einseitige Informationen verbreitet würden.

Es sei der Wunsch der Lokalregierung, ausländische Besucher zu empfangen und zu informieren, doch sei dies auf Grund der Verkehrsbedingungen nicht sehr einfach. Tatsache sei jedenfalls, dass sich das Tibet seit 1949 enorm entwickelt habe. Bis 1949 habe die Bevölkerung stagniert, in vierzig Jahren habe sie sich auf 2,19 Mio Einwohner verdoppelt. Es entspreche auch nicht den Tatsachen, dass das Land kolonisiert werde, seien doch nur 100'000 Menschen Nichttibetaner, davon 80'000 Han-Chinesen. Das durch den Dalai Lama verbreitete Gerücht, über eine Million Tibetaner seien seit 1949 umgebracht worden, sei eine glatte Lüge, die durch Zahlen klar widerlegt werden könne. Gerade das Erziehungswesen habe grosse Fortschritte gemacht, was ebenfalls nicht im Interesse einer Kolonisation liegen könne.

Die VR China hat nichts gegen die Tibetaner in der Schweiz, doch gab (T) der Hoffnung Ausdruck, dass der Dalai Lama und andere in ihren politischen Aktivitäten nicht durch die schweizerische Regierung unterstützt würden.

Auch (J) gab der Befriedigung über die guten Beziehungen Ausdruck und ging auf die konkreten Punkte ein.

1. In der **Waldbrandbekämpfung** werde das Projekt dieses Jahr mit einer Mechanikerausbildung, der Lieferung von Ersatzteilen zu den Fahrzeugen und einer Garage, im Wert von einer weiteren halben Mio SFr., zu Ende geführt.
2. Auch die schweizerische Seite ist über den **Besuch von Herrn Direktor Ursprung** erfreut.
3. In der wirtschaftlichen Zusammenarbeit wurde von (J) der dritte Mischkredit in einer Grössenordnung von SFr. 100 Mio in Aussicht gestellt. (J) hofft, dass die Verhandlungen noch in diesem Jahr aufgenommen werden können.
4. In bezug auf die **militärische Zusammenarbeit** erklärte (J), dass sich die schweizerische Seite der durch den nach 1989 eingeleiteten Unterbruch der Lieferungen für die VR China entstandenen Schwierigkeiten bewusst sei. Namentlich eine Firma habe den vertraglich eingegangenen Verpflichtungen nicht

- 6 -

voll nachkommen können. Nach Rückkehr werde die Frage erörtert und in Wiedererwägung gezogen werden. Doch mache (J) kein Hehl daraus, dass in der Schweiz zum gegenwärtigen Zeitpunkt als Folge des Golfkonflikts eine animierte Diskussion über schweizerische Kriegsmaterialausfuhren im Gang sei. Das Element, das immer mehr an Boden gewinne sei dabei die Frage der Berücksichtigung der Menschenrechte. Als Beispiel führte (J) die Behandlung der Kurden durch die türkisch Regierung an, die im Moment in der Schweiz zur Diskussion stehe. In dieser Optik sei auch die militärische Zusammenarbeit mit der VR China zu sehen.

5. Zum **Tibet** meinte (J), die Schweiz habe das Tibet immer als integralen Bestandteil der VR China betrachtet und mache den Exiltibetern in der Schweiz zur Auflage, keinen politischen Aktivitäten nachzukommen. Der Dalai Lama werde als religiöser und nicht als politischer Führer der Tibetaner angesehen und behandelt.
6. Zur **schweizerischen Investitionstätigkeit in der VR China** unterstrich (J), dass die Entscheide privater Natur seien. Der Regierung falle die Aufgabe zu, die entsprechenden Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Investitionstätigkeit zu schaffen, was mit dem Investitionsschutzabkommen und dem Doppelbesteuerungsabkommen geschehen sei. Letzteres dürfte wahrscheinlich im Sommer auch vom Ständerat ratifiziert werden, nachdem es im Nationalrat trotz einem Minderheitsantrag auf Nichtratifikation aus Gründen der Verletzung der Menschenrechte im März dieses Jahres ratifiziert worden sei. Das Doppelbesteuerungsabkommen sollte rückwirkend auf 1. Januar 1990 in Kraft gesetzt werden.
7. Zur **Frage der Entschädigungen** betreffend der Enteignungen nach 1949 meinte (J), dass schweizerischerseits die Bereitschaft bestehe, die Verhandlungen weiterzuführen. Er übergab seinem Gesprächspartner das für diese Frage von der Völkerrechtsdirektion erarbeitete Memorandum.
8. Nach Beglückwünschung zu den guten bilateralen Beziehungen erwähnte (J) den Swissair-Direktflug, der am 24. 6. stattfinden wird.

(T) beendigte das Gespräch mit der Versicherung, dass man alles tun werde, um das Investitionsklima zu verbessern. Er drückte auch die Meinung aus, dass sich in der Entschädigungsfrage sicher eine Verhandlungslösung ergeben werde, da auch mit anderen westeuropäischen Ländern Lösungen gefunden worden seien. Mit Befriedigung nahm (T) auch (J)'s Ausführungen zur Tibetfrage zur Kenntnis.

Am offiziellen Bankett gegeben vom Vizeminister wurden weitere Problemkreise kurz umrissen, im besonderen die chinesischen Beziehungen zur UdSSR und deren Lage, die Beziehungen zu Japan und zu Israel. Interessant schien dabei die Bemerkung von (T), dass die Beziehungen Chinas zur UdSSR wie immer auch deren Regierung beschaffen sein werde, gut sein müssten.

Er betonte weiter, dass auch mit Japan gute Beziehungen existier-

- 7 -

ten, zur Zeit des Besuchs von (J) waren gerade die beiden ehemaligen Premiers Nakasone und Takeshita in Beijing, der amtierende Premierminister Kaifu werde Ende Sommer der VR China einen offiziellen Besuch abstatten. Chinesischerseits stehe als Antwort auf den Besuch des japanischen Aussenministers Nakayama der Besuch Qian Qichens in Tokyo bevor.

Mit Israel bestehen laut (T) inoffizielle Beziehungen, Israel unterhalte bei der chinesischen Akademie der Wissenschaften ein Liaisonbüro, während die chinesische Reiseagentur in Tel Aviv ein Büro eröffnet habe.

H.J. Roth

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DER STAATSSSEKRETÄR

Bern, den 17. Mai 1991

Notiz an: **Schweizerische Botschaften** in
Ankara, Athen, Belgrad, Bonn, Brüssel, Budapest, Bukarest, Den
Haag, Dublin, Helsinki, Kopenhagen, Lissabon, London, Luxemburg,
Madrid, Moskau, Nikosia, Oslo, Paris, Prag, Rom, Sofia, Stockholm,
Warschau, Wien

Mexico, Ottawa, Washington

Bangkok, Beijing, Canberra, Colombo, Dhaka, Hong Kong, Jakarta,
Islamabad, Kuala Lumpur, Manila, New Delhi, Seoul, Singapur,
Tokio, Wellington

Missionen in
Brüssel, Genf, New York

EDA:
Generalsekretariat
Sekretariat Departementschef

Politische Abteilung I, II, III
Politisches Sekretariat, Integrationsbüro,
Finanz- und Wirtschaftsdienst

Direktion für internationale Organisationen

Direktion für Völkerrecht
Herr J.-D. Vigny

Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe

Direktion für Verwaltungsangelegenheiten und Aussendienst

EVD:
BAWI: Herrn Staatssekretär F. Blankart
Herrn Botschafter P.-L. Girard

Asienreise des Unterzeichneten vom 4. bis 14. Mai 1991
Gespräche in Beijing

Als Beilage erhalten Sie Kopie der Notizen über die offiziellen Gespräche, die
der Unterzeichnete anlässlich seiner oben erwähnten Reise in Beijing führte.

Beilage: 7 Gesprächsnotizen

Klaus Jacobi

CEP	2/5						
EDA	22.05.91	16					
Ref.	p. B. 15. 22. 23						